

## Klienteninfo

04/2016

### Inhaltsverzeichnis

1. Registrierkassenpflicht ist nicht verfassungswidrig
2. Privatfahrten müssen auch im Fahrtenbuch erfasst werden
3. Abzugsfähigkeit und Nachweis von Bewirtungsaufwendungen
4. Weitere Absenkung des Basiszinssatzes mit 16.03.2016
5. Sprachkurs „Business Conversation“ als Werbungskosten abzugsfähig
6. Grundstückswertrechner auf BMF-Homepage veröffentlicht

## Registrierkassenpflicht ist nicht verfassungswidrig

Der Verfassungsgerichtshof hat unlängst (GZ G 606/2015-14, G 644/2015-14, G 649/2015-14 vom 9. März 2016) erkannt, dass die **Registrierkassenpflicht nicht verfassungswidrig** ist. Sie ist dazu geeignet, Manipulationsmöglichkeiten zu reduzieren und damit **Steuerhinterziehung zu vermeiden**. Die Verpflichtung zur Verwendung einer Registrierkasse liegt damit **im öffentlichen Interesse**. Entgegen der Meinung der drei Kleinunternehmer, welche den VfGH zur Prüfung der Registrierkassenpflicht angerufen haben, sieht das Gericht **auch bei Kleinunternehmern** durch die Registrierkassenpflicht **keinen unverhältnismäßigen Eingriff** in die **Freiheit der Erwerbsbetätigung**.

Erfreulicherweise hat der VfGH klargestellt, dass **erst die Umsätze ab 1. Jänner 2016 für die Beurteilung** einer möglichen Registrierkassenpflicht **relevant** sind, da ein Abstellen auf Umsätze des Jahres 2015 eine vom Gesetz nicht gedeckte Rückwirkung darstellen würde (d.h. die Rückwirkung hätte explizit im Gesetz geregelt werden müssen). Folglich kommt es **frühestens ab 1. Mai 2016 zur Registrierkassenpflicht**, sofern der Umsatzsteuervoranmeldungszeitraum ein Monat beträgt und im **Jänner 2016 bereits die Umsatzgrenzen überschritten** wurden. Registrierkassenpflicht liegt grundsätzlich bei jährlichen Umsätzen von mehr als 15.000 € und (davon) **jährlichen Barumsätzen von mehr als 7.500 €** vor. Da Bankomat- und Kreditkartenzahlungen auch als Barumsätze gelten, können Kleinunternehmer der Registrierkassenpflicht oftmals dadurch entgehen, indem sie ihre Kunden mittels **Banküberweisung** bezahlen lassen. Dies bringt freilich erhöhten administrativen Aufwand wie z.B. regelmäßiges Überwachen der Kontoeingänge, Erstellen von Mahnungen etc. mit sich.

## Privatfahrten müssen auch im Fahrtenbuch erfasst werden

Bei **Betriebsprüfungen** werden Aufwendungen, die im Zusammenhang mit einem **KFZ** stehen, in der Regel besonders genau unter die Lupe genommen. Wird das KFZ zu mehr als 50 % betrieblich genutzt, stellt das Auto **Betriebsvermögen** dar. Es sind die **tatsächlichen Kosten** (bei Ausscheiden eines Privatanteils) anzusetzen. Wird das KFZ zu weniger als 50 % betrieblich genutzt, kann der Unternehmer **wahlweise** die **tatsächlichen Kosten** oder das **amtliche Kilometergeld** ansetzen. Wird das Kilometergeld in Anspruch genommen, reicht der Nachweis, dass es sich **dem Grunde nach** um eine **beruflich notwendige Fahrt** handelt.

Werden die **tatsächlichen Kosten unter Abzug eines Privatanteils** angesetzt, muss der **Privatanteil anhand eines Fahrtenbuches** nachgewiesen werden. An ein Fahrtenbuch sind **strenge formale Voraussetzungen** geknüpft. Darin sind Reisetag (Datum), Reisedauer (Uhrzeit), Ausgangs- und Zielpunkt der Reise, der Reisezweck, Anfangs- und Endkilometerstände und Anzahl der gefahren Kilometer festzuhalten. Zur **Grundvoraussetzung** eines Fahrtenbuchs zählt auch, dass das Fahrtenbuch **zeitnah und in geschlossener Form geführt** werden muss. Diverse Urteile in der Vergangenheit haben bereits ausgeführt, dass mittels Computerprogramm **MS-Excel** (oder mit der Hilfe ähnlicher Programme) geführte Fahrtenbücher diese **Voraussetzung nicht erfüllen**, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass zu einem früheren Zeitpunkt eingegebene Daten **nachträglich verändert** werden.

In einem kürzlich ergangenen Urteil des **BFG** (GZ RV/7101452/2010 vom 25.11.2015) wurde nun auch festgehalten, dass in einem **Fahrtenbuch nicht nur die beruflich bedingten Fahrten**, sondern **auch die Privatfahrten** und Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte **auszuweisen** sind. Grundsätzlich sind auch die **Gesamtkosten durch Belege nachzuweisen**. Führt der Steuerpflichtige kein solches Fahrtenbuch und erbringt er keinen Nachweis dafür, welche Fahrten im Interesse seiner Tätigkeit notwendig waren, ist die Abgabenbehörde berechtigt, die **Fahrtkosten zu schätzen**. Einem Fahrtenbuch, das nur die betrieblichen bzw. beruflich bedingten Fahrten enthält, kann **keine volle Beweiskraft** zuerkannt werden.

## Abzugsfähigkeit und Nachweis von Bewirtungsaufwendungen

Bekanntermaßen sind **Repräsentationsaufwendungen steuerlich nicht abzugsfähig**, da sie nicht nur im Zusammenhang mit der Erzielung von steuerpflichtigen Einkünften anfallen, sondern auch das **gesellschaftliche Ansehen des Steuerpflichtigen fördern**. Eine Ausnahme besteht nur für **Aufwendungen anlässlich der Bewirtung von Geschäftsfreunden**, sofern zwei Voraussetzungen erfüllt sind. Es muss mit den Aufwendungen ein **Werbezweck** verbunden sein und die **berufliche bzw. betriebliche Veranlassung** muss erheblich überwiegen. Bei Erfüllen dieser Voraussetzungen können dann **50 % der angefallenen Aufwendungen steuerlich geltend** gemacht werden. Bis zum VwGH gelangte ein Fall (GZ 2012/15/0041 vom 26.11.2015), in dem eine **Steuerberatungskanzlei mit Hinweis auf die Verschwiegenheitspflicht keine genauen Nachweise** im Zusammenhang mit den Bewirtungsaufwendungen erbringen wollte.

Der VwGH bekräftigte mit Verweis auf **ständige Rechtsprechung**, dass es für Steuerberater, Rechtsanwälte, Ärzte oder auch andere Freiberufler **keine Sonderrechte gibt** und daher etwaige **Nachweispflichten nicht mit dem Hinweis auf die Verschwiegenheitspflicht** (bei Wirtschaftstreuhändern gem. § 91 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz (WTBG)) vermieden werden können. Eine bloße Glaubhaftmachung ist keinesfalls ausreichend. Für die steuerliche **Abzugsfähigkeit** der Aufwendungen ist überdies wichtig, dass **tatsächlich ein Werbezweck** im Sinne einer **Produkt-**

**und Leistungsinformation** erfüllt wird.

Am Beispiel eines Rechtsanwalts bedeutet dies, dass etwa mit der Besprechung anhängiger Prozesse oder diverser Schadensfälle kein Werbezweck verfolgt wird und daher die Bewirtungsaufwendungen steuerlich nicht absetzbar sind. Gleiches gilt für **Wirtschaftstrehänder**, wenn im Rahmen eines Arbeitssessens **Angelegenheiten eines Klienten besprochen** werden.

Schließlich kritisierte der VwGH auch den Einwand der Verschwiegenheitspflicht, da bei der für die Abzugsfähigkeit der Bewirtungskosten notwendigen Leistungsinformation sowieso **keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse** offengelegt werden müssen und somit ein **Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht** gem. WTBG **nicht nachvollziehbar** sei. Im Endeffekt bestätigte der VwGH die Notwendigkeit, dass die betriebliche Veranlassung für die Bewirtungsaufwendungen im Einzelfall nachgewiesen werden muss und diesbezüglich **keine Sonderregelungen für Wirtschaftstrehänder, Rechtsanwälte** usw. bestehen.

## Weitere Absenkung des Basiszinssatzes mit 16.03.2016

Mit Wirkung ab 16. März 2016 sinkt der **Basiszinssatz** in Österreich von -0,12 % auf -0,62 %. Dies beeinflusst auch die Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs- und Berufungszinsen.

Die entsprechenden **Jahreszinssätze** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

	<b>Ab 16.03.2016</b>	<b>Bisher</b>
<b>Stundungszinsen</b>	3,88 %	4,38 %
<b>Aussetzungszinsen</b>	1,38 %	1,88 %
<b>Anspruchszinsen</b>	1,38 %	1,88 %
<b>Berufungszinsen</b>	1,38 %	1,88 %

## Sprachkurs „Business Conversation“ als Werbungskosten abzugsfähig

Kürzlich hatte das BFG (GZ [RV/2100473/2013](#) vom 3.12.2015) über die **Abzugsfähigkeit von Fortbildungskosten** bezüglich eines englischen **Sprachkurses „Business Conversation“** zu entscheiden. Das BFG kam zum Schluss, dass schon der Name des besuchten Kurses „Business Conversation“ darauf schließen lässt, dass der Kurs an Teilnehmer gerichtet ist, die ihre **Sprachkenntnisse für berufliche Zwecke** verbessern wollen. Das BFG **bejahte** die **Abzugsfähigkeit** in diesem Fall, da es sich um eine **Außendienstmitarbeiterin einer Kosmetikfirma** handelte, deren Kundentock zu einem großen Teil englischsprachig war (z.B. Touristen).

Generell sind **Fortbildungskosten** abzugsfähig, sofern sie dazu dienen, im jeweils ausgeübten Beruf auf dem Laufenden zu bleiben, um den Anforderungen des spezifischen Berufslebens gerecht zu werden. Bei **Sprachkursen** liegen Fortbildungskosten jedenfalls vor, wenn in diesen Kursen **berufsspezifische Sprachkenntnisse** (z.B. Fachvokabular für Ärzte, Recht, Technik, Wirtschaft etc.) vermittelt werden und diese **Kenntnisse im Beruf benötigt** werden.

**Sprachkurse allgemeiner Natur** sind nur abzugsfähig, wenn diese auf Grund **konkreter Erforder-**

**nisse** im ausgeübten Beruf **benötigt** werden. (z.B. Grundkenntnisse in Englisch für Kellner, Sekretärin, Telefonistin, Verkäuferin oder Italienischkurs für einen Exportdisponenten mit dem Aufgabengebiet Export nach Italien etc.). So hatte das BFG bereits früher Aufwendungen für den Kurs „Cambridge Business English Certificate“ für eine Assistentin der Geschäftsführung als Werbungskosten anerkannt.

Die Abzugsfähigkeit von **Sprachkursen**, welche **im Ausland abgehalten** werden, ist bei Vorliegen der oben genannten Voraussetzungen **ebenso möglich**. Die **Reise- und Aufenthaltskosten** werden in der Regel jedoch den nicht abzugsfähigen Kosten der **privaten Lebensführung** zugerechnet, soweit nicht die ausschließliche berufliche Bedingtheit erkennbar ist.

Den ebenfalls geltend gemachten **Kosten für Kleidung** (Blusen, Kleid, Hose etc.) wurde vom BFG jedoch die **steuerliche Anerkennung verneint**. Mit Verweis auf VwGH-Judikatur sind nämlich Aufwendungen für **Arbeitskleidung**, die vom Arbeitnehmer **auch privat getragen werden kann**, da es sich nicht um typische Berufskleidung handelt, **nicht** als **Werbungskosten** absetzbar. Dies gilt selbst dann, wenn die **Kleidung ausschließlich bei der Berufsausübung** (z.B. bei Meetings und Konferenzen) **getragen** wird.

## Grundstückswertrechner auf BMF-Homepage veröffentlicht

Wie bereits berichtet, hat das **BMF** auf seiner Homepage unter der Rubrik **Berechnungsprogramme** (<https://www.bmf.gv.at/services/berechnungsprogramme/berechnungsprogramme.html>) einen **Grundstückswertrechner** veröffentlicht. Das Programm ermöglicht die Berechnung des Grundstückswerts nach dem Pauschalwertmodell – seit 1. Jänner 2016 gilt der Grundstückswert regelmäßig als Mindest- und Ersatzbemessungsgrundlage (anstelle des dreifachen Einheitswerts) bei Ermittlung der **Grunderwerbsteuer**.

Das Ergebnis des Grundstückswertrechners (**Berechnungsblatt**) ist im Fall der Selbstberechnung der Grunderwerbsteuer **für Dokumentationszwecke aufzubewahren**. Bei Anwendung des Pauschalwertmodells kann es vorkommen, dass **abgrenzbare Gebäudeteile** – etwa Altbau und Zubau – betreffend Alter und Gebäudeart **unterschiedlich zu bewerten** sind. In solchen Fällen muss **für jeden Gebäudeteil ein eigenes Berechnungsblatt** mittels Grundstückswertrechner erstellt werden.